



ins Atomzeitalter

10. März: Bericht des Ausschusses und Weiterleitung ans Plenum. Schaffung der Behörde für Nuklearenergie (Agencia Boliviana de Energía Nuclear ABEN) per Regierungsdekret.

15. März: Ratifizierung der Abkommen durch die Abgeordnetenkammer (nach kurzfristiger Änderung der Tagesordnung, die diesen Punkt nicht vorsah).

16. März: Weiterleitung der Abkommen an den Ausschuss für Verfassung, Menschenrechte und Wahlsystem (Comisión de Constitución, Derechos Humanos, Legislación y Sistema Electoral) des Senats (Cámara de Senadores, Laenderkammer) und Zustimmung dieses Gremiums zu den Abkommen.

17. März: Ratifizierung der Abkommen durch den Senat.

28. März: Die Generalversammlung verabschiedet zwei Gesetze, durch die die beiden Vereinbarungen offiziell in Kraft treten. Die Gesetze werden auf direktem Wege verabschiedet, obwohl die Opposition Widerspruch erhebt.

Es wurde nur ein winziger Schritt „vergessen“. Die bolivianische Verfassung sieht obligatorisch vor, dass alle internationalen Abkommen vor ihrer Ratifizierung durch Abgeordnetenkammer und Senat dem Verfassungsgericht (Tribunal Constitucional) zu ihrer verfassungsrechtlichen Prüfung vorgelegt werden müssen, und zwar innerhalb eines Zeitraums von 20 Tagen nach ihrer Zuleitung an die Generalversammlung. Diese Aufgabe kommt dem Präsidenten der Generalversammlung (aktuell Vizepräsident García Linera) oder einem der Präsidenten der beiden Kammern zu.

Dieses Versäumnis hatte weitreichende Konsequenzen: die Opposition konnte ihre Bedenken bezüglich der Abkommen und ihrer verfassungs-

rechtlichen Konformität nicht äußern und die Bürger wurden davon abgehalten, ein Referendum (Volksabstimmung) über die beiden Abkommen zu fordern. Es sind inzwischen zwei Verfassungsklagen, hier spricht man von PETITION, vor dem Verfassungsgericht in Vorbereitung: eine Petition von einer Gruppe von Parlamentariern der politischen Opposition, die andere von der Bürgerbewegung.

Inhalt der Abkommen, speziell des Allgemeinen Abkommens

Die bolivianische Regierung versteht es gut, ihre wahren Absichten und die wirkliche Reichweite der Abkommen zu verschleiern. So wird an keiner Stelle der Bau von Atomkraftwerken direkt erwähnt, obwohl fünf Atomkraftwerke im Land geplant sind, wie aus vorherigen Verlautbarungen der Regierung aus dem Jahr 2015 hervorgeht. Ein bolivianischer Physiker vergleicht diese Abkommen mit dem Kauf von russischen Puppen (Matrjoschkas). Die äußere Puppe, sozusagen die Vorzeige- oder Propagandapuppe, repräsentiert das geplante Forschungszentrum, das der Gesundheit (Zyklotron), der Lebensmittelsicherheit (radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln und medizinischem Gerät) und der Forschung (Herstellung von Isotopen für Medizin, Industrie, Wissenschaft und anderes) dienen soll. Zudem wird in diesem Zentrum auch das bolivianische Personal ausgebildet. Es heißt nun offiziell Zentrum für Forschung und Entwicklung in Nuklear-Technologie (Centro de Investigación y Desarrollo en Tecnología Nuclear), geplant auf 4.000 Metern Höhe mit einer Fläche von 15 Hektar in El Alto. Die Kosten belaufen sich auf 300.000 Dollar, die Bauzeit soll 4 Jahre betragen.

Tschechien: Das problematische Atomkraftwerk Dukovany

Olga Kališová Obwohl der Bericht "Four years after Fukushima: Are Nuclear Power Plants Safer?" (Vier Jahre nach Fukushima: Sind Atomkraftwerke sicherer?) von Oda Becker und Patricia Lorenz vom September empfiehlt, "das AKW Dukovany sofort zu schließen", und sich eindeutig gegen eine Verlängerung der Kraftwerklebenszeit (PLEX, Plant Life Extension) ausspricht, geschieht in der Tschechischen Republik genau das Gegenteil. Manche Politiker*innen, der Verband Energetické Třebíčsko (ET) und die Vorsitzenden der Regionsräte in der Südmährischen sowie der Vysočina-Region unterstützen CEZs Bemühungen, den Betrieb aller vorhandenen Blöcke in Dukovany zu verlängern. Gleichzeitig versuchen die gleichen Politiker*innen, die Novellen zum Baugesetz und zum Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu ändern, um das Bauverfahren für einen neuen fünften Block im AKW Dukovany zu beschleunigen. Tatsächlich soll ergänzend auch noch ein Dukovany II entstehen. Damit hätte im Herbst 2015 eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nicht nur für einen, sondern für zwei neue Blöcke in Dukovany beantragt werden müssen.

Mehr Abos für das grüne blatt:

✓ Damit wir das grüne blatt besser kalkulieren können und um zumindest einen Teil der Herstellungskosten zu finanzieren, suchen wir weitere AbonnentInnen.

Überleg doch, ob du das grüne blatt abonnieren möchtest und frag auch andere Leute danach. Den Abo-Schnippel findest du ganz hinten im Heft.

